

**Vortrag**  
**für Herrn Minister für**  
**Bundes- und Europaangelegenheiten**  
**sowie Internationales**  
**Dr. Stephan Holthoff-Pförtner**

**Heimatabend der Düsseldorfer Jonges e.V.**

am 20. Juli 2021 in Düsseldorf

## **Thema**

„Einige Gedanken zur europäischen und internationalen Politik“

## Begrüßung

Sehr geehrter Baas Rolshoven,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
„N’ovend, leeve Jonges!“

Für mich ist es eine Ehre, heute auf einem Ihrer Heimatabende zu Gast sein zu können – und das unter freiem Himmel hier im Strandclub „Treibgut“.

Die Bezeichnung hat einen kleinen Beigeschmack. Denn zum einen verstehen wir uns in der Politik als Treiber von Prozessen, also nicht als Getriebene und schon gar nicht als Treibgut. Zum anderen dient Treibgut traditionell den Anrainern als gute Einnahmequelle.

Auch Sie treiben die Dinge voran. Denn zurecht sind die „Düsseldorfer Jonges“ aus dieser Stadt nicht wegzudenken. Als „Heimatverein“ setzen Sie sich für Ihre „Heimat“ ein.

Doch was bedeutet das konkret? Die lange Liste Ihrer Aktivitäten ist beeindruckend: von Denkmalschutz und –pflege über die Förderung von Kunst und Kultur, von Wissenschaft und Forschung bis hin zu Naturschutz und sozialem Engagement für Ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger.

„Heimat“, das ist für Sie Düsseldorf. Aber ist es das auch schon?

Ich selbst komme aus Essen, genauer: aus Rellinghausen. Dort bin ich geboren. Das Haus, in dem ich wohne und aufgewachsen

bin, ist seit 1738 das Haus meiner Familie. In Essen war ich 10 Jahre im Stadtrat aktiv und pendle auch heute noch von dort in die Staatskanzlei am Horionplatz. Doch ich sehe mich nicht nur als „Essener“. Hier in Düsseldorf bin ich aus dem *Ruhrgebiet*. Bei Terminen in Berlin komme ich aus *Nordrhein-Westfalen*. Und je nachdem, wohin mich eine Auslandsreise verschlägt, werde ich mal als *Deutscher*, mal als *Europäer* gesehen.

Ihnen wird es nicht anders gehen. Sie sind Düsseldorfer, Rheinländer, aus Nordrhein-Westfalen, Deutscher und Europäer zugleich.

Doch das haben die „Düsseldorfer Jonges“ auch längst erkannt. Sie denken in Ihrem Engagement weit über die Stadtgrenzen hinaus. Die Satzung Ihres Vereins zählt unter anderen folgende Zwecke auf:

- Die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.
- Und die Förderung der Weltoffenheit der Stadt Düsseldorf.

Daran will ich heute anknüpfen und mit Ihnen einige Gedanken zur europäischen und internationalen Politik teilen. Wir werden sehen: Europapolitik und die Vereinspolitik der Jonges haben mehr gemeinsam, als wir auf Anhieb glauben.

## Herausforderungen ...

An „Gedanken zur europäischen und internationalen Politik“ mangelt es mir wahrlich nicht. Die Pandemie unserer Tage ist nur *ein* Beispiel dafür, dass Politik nur selten eine ausschließlich lokale Dimension hat. Vieles lässt sich nur grenzüberschreitend, europäisch, international angehen. Es ist wichtig, sich diese Tatsache immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Zumal in einer Zeit, in der wir in Europa vor zahlreichen Herausforderungen stehen, innereuropäischen und internationalen Herausforderungen. Lassen Sie mich die wichtigsten skizzieren und auch darauf eingehen, wie wir in Nordrhein-Westfalen diesen Herausforderungen begegnen.

... von außen

Zuerst lohnt sich ein Blick auf das große Ganze. Denn wir erleben einen echten Epochenwechsel. Machtverhältnisse verschieben

sich global und regional. Die technologische Revolution schreitet geradezu rasend voran.

Die Globalisierung, die in den letzten Jahrzehnten zu einer beispiellosen Vernetzung geführt hat, wird von Tendenzen der De-Globalisierung herausgefordert.

Und nicht wenige Akteure des internationalen Systems stellen die regelbasierte internationale Ordnung infrage. Kurzum: Wir sehen

uns in Europa einer Reihe von geopolitischen Herausforderungen gegenüber.

Chinas Aufstieg zur zweiten Weltmacht schreitet unaufhörlich voran. Langfristig verfolgt Peking das Ziel, seine regionale zur globalen Vorherrschaft auszubauen und gerade im Bereich der Spitzentechnologie unabhängig von Dritten zu werden.

Damit einher geht ein relativer Machtverlust der Vereinigten Staaten von Amerika. Machtgewinn und Machtverlust erzeugen Reibungen.

Der Konflikt zwischen den USA und China, aber auch zwischen Europa und China, hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen und den Handel wird er mittlerweile offen ausgetragen.

Wir haben kein Interesse an einem neuen „Kalten Krieg“. Aber wir haben europäische Interessen, die wir mit größerer Geschlossenheit und Entschlossenheit zur Geltung bringen müssen. In Europa sind wir der weltgrößte Binnenmarkt, aber politisch spielen wir immer noch eine viel zu kleine Rolle in der Welt.

China ist für uns Wettbewerber, Partner und systemischer Rivale zugleich. Vor diesem Hintergrund müssen wir strategischer denken:

- China als Wettbewerber müssen wir mit Selbstbewusstsein entgegentreten und gefährliche Abhängigkeiten vermeiden. Hierzu müssen wir die Zusammenarbeit mit unseren Partnern, darunter Japan, im Indo-Pazifik ausbauen und Absatzmärkte weiter diversifizieren und wir müssen zu unserer transatlantischen Geschlossenheit in dieser Frage finden. Nur so können wir dem aggressiven Verhalten Chinas in der Region Paroli bieten.
- China als Partner muss besser in die internationale, regelbasierende Ordnung eingebunden werden. Wir

brauchen China bei der internationalen Rüstungskontrolle und beim Klimaschutz, um nur zwei Bereiche zu nennen. Auch mit Blick auf unsere bedeutenden Handelsbeziehungen ist der politische Dialog von großer Bedeutung.

- Diesen Dialog müssen wir gleichzeitig nutzen, um China als systemischen Rivalen darauf hinzuweisen, was uns trennt. Menschenrechtsverletzungen und die Einschränkung von persönlichen Freiheiten dürfen wir nicht tolerieren.

Doch China ist nicht der einzige, wenn auch gewichtigste Staat mit einem Gesellschaftsmodell, das sich immer mehr zum Gegenpol des liberalen, demokratischen Westens entwickelt. Unsere liberalen Demokratien werden von den so genannten illiberalen Demokratien ebenso herausgefordert wie von den Einparteiendiktaturen dieser Welt. Auch Russland – zunehmend autokratisch regiert – stellt eine Bedrohung für unsere Wertegemeinschaft und für unsere Sicherheit dar.

Die Annexion der Krim und das russische Vorgehen in der Ostukraine sind und bleiben ein beispielloser Verstoß gegen die territoriale Unversehrtheit eines unabhängigen Staates.

Cyberattacken, Desinformationskampagnen und politische Morde richten sich ganz unmittelbar gegen die Werte unserer freien und offenen Gesellschaften. Und das Verhalten des belarussischen Präsidenten Lukaschenko sucht in seiner Rücksichtslosigkeit seinesgleichen.

Wir werden unsere Werte verteidigen und dabei ganz bewusst den Dialog mit denen aufrechterhalten, die unsere Werte nicht teilen. Damit, mit der Formel „Sicherheit und Entspannung“, sind wir in einer anderen Epoche, der Epoche des Ost-West-Konflikts, gut gefahren.

Dabei wissen wir die Vereinigten Staaten wieder an unserer Seite. Und doch haben die Jahre des amerikanischen „Rückzugs auf Raten“ und des nationalen Egoismus ihre Spuren hinterlassen. Als globale Ordnungsmacht sind die USA heute weit

weniger gut aufgestellt als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Wir sollten nicht glauben, dass wir mit der neuen Präsidentschaft an die „guten alten Zeiten“ der transatlantischen Beziehungen anknüpfen können.

Richtig ist aber auch: Den erkennbaren Willen der neuen Administration in Washington, Verantwortung und Führungsaufgaben in der Welt zu übernehmen, sollten wir in Europa als Chance begreifen. Gelingt es uns, Europa handlungsfähiger, effizienter und eigenständiger zu machen,

dann werden wir für die Vereinigten Staaten ein aktiver und attraktiver Partner sein; und dann werden wir gemeinsam mit den Vereinigten Staaten einen prägenden Einfluss auf die internationale Ordnung ausüben.

Die Herausforderungen liegen dabei auf der Hand.

Nehmen wir nur das Thema Digitalisierung. Ihre Bedeutung und ihre Chancen sind uns in den Zeiten der Pandemie noch einmal besonders bewusstgeworden. Digitale Plattformen für Begegnung

und Zusammenarbeit haben es möglich gemacht, dass auch Ihr Verein aktiv geblieben ist – auch ohne traditionelle Formate wie Heimatabende und andere persönliche Treffen.

Wir dürfen diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen. Dabei greife ich eine historische Analogie auf, die mir bei der Eröffnung der Dürer-Ausstellung in Aachen am vergangenen Sonntag in den Sinn gekommen ist. Die Pest des 14. Jahrhunderts war die Pandemie jener Tage, der Buchdruck zu Albrecht Dürers Zeit die

Digitalisierung unserer Tage. Wir haben damals zu lange dafür gebraucht. Diesen Fehler sollten wir nicht wiederholen.

Natürlich sollten wir auch die Risiken der Digitalisierung bei allen Chancen nicht übersehen. Nur ein Balanceakt kann dieses Spannungsverhältnis auflösen: zwischen einem angemessenen regulatorischen Rahmen auf der einen Seite und dem erforderlichen Handlungsspielraum für Unternehmen, Forschung und Entwicklung auf der anderen. Dafür braucht Europa im internationalen Wettbewerb um neue Technologien digitale

Souveränität. Nur so können wir selbst Standards nach unseren europäischen Werten setzen.

Die Digitalisierung geht einher mit einer zweiten Herausforderung: der grünen Transformation. Die Bedeutung von Umweltschutz haben auch Sie früh erkannt, als Ziel in Ihre Satzung aufgenommen und konkret mit vielen Initiativen untermauert, u.a. mit der Initiative zur Aufforstung nach dem verheerenden Pfingststurm 2014.

Die grüne Transformation ist notwendig. Und sie schreitet zügig voran. Das ist gut so. Zugleich dürfen wir aber nicht übersehen, dass die grüne Transformation regional, national, europäisch und international eine enorme Herausforderung bedeutet. Denn sie ist auch und vor allem eine Frage der internationalen Kooperation, eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts, eine soziale Frage und eine Frage der Solidarität. Wir werden nicht erfolgreich sein, wenn wir den Klima- und Umweltschutz ohne die Frage des industriellen Fortschritts denken.

Denken wir beides zusammen, dann werden sich beide Prozesse wechselseitig ergänzen, unterstützen und beschleunigen. Grüner Stahl, wie er bei ThyssenKrupp durch den Einsatz von Wasserstoff produziert werden soll, ist die Zukunft des Stahls – aber entscheidend ist die Frage, ob er weiterhin in Duisburg produziert wird – oder dort, wo die Produktionsbedingungen für Grünen Wasserstoff günstiger sind.

Eine wichtige Rolle spielt auch der europäische Grüne Deal: Als Wachstumsstrategie zielt er sowohl auf Klimaneutralität als auch

auf den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten, wettbewerbs- *und* weltmarktfähigen Wirtschaft. Als Vorreiter können wir Europäer zeigen, dass eine erfolgreiche digitale und grüne Transformation möglich ist. So kann es uns gelingen, auch andere Staaten von den nötigen Maßnahmen zu überzeugen. Dazu müssen wir aber auch im Bereich der Bildung und Ausbildung noch besser werden.

Die grüne Transformation führt mich zur dritten und letzten globalen Herausforderung, die ich heute benennen möchte: Migration und Flucht.

Die grüne Transformation soll nicht nur den Klimawandel vor unserer eigenen Haustür stoppen. Die Auswirkungen sind anderswo oft noch viel verheerender. Neben Krieg und Gewalt, Armut und Verfolgung wird der Klimawandel immer häufiger Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Manche von Ihnen haben sich in den letzten Jahren für Flüchtlinge engagiert. Mit dem Projekt Kickwinkel haben Sie 2015 eine tolle Initiative geschaffen. Das Fußballcamp hat jungen und unbegleiteten Kriegsflüchtlingen geholfen, in Düsseldorf Fuß zu fassen.

Auf europäischer Ebene brauchen wir endlich eine Migrations- und Asylpolitik, die ihren Namen verdient. Und das heißt: Wir müssen unseren eigenen moralischen Ansprüchen gerecht

werden. Insbesondere müssen wir eine Lösung finden, der sich *alle* Mitgliedstaaten verpflichtet fühlen:

Wir müssen Schutzbedürftigen Schutz gewähren, Personen ohne Bleibeperspektive nach einem fairen Verfahren in ihre Heimatländer zurückführen und die Sicherung der Außengrenzen als europäische Gemeinschaftsaufgabe verstehen.

Solidargemeinschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Not zusammenstehen. Deshalb müssen sich alle

Mitgliedstaaten beteiligen; allein die konkrete Form ist verhandelbar.

### ... und Herausforderungen von innen

Anrede,

mit Blick auf die skizzierten globalen Herausforderungen müssen wir feststellen: Die Welt ist in den letzten Jahren in Um-Ordnung geraten. Europa muss dieser Um-Ordnung geschlossen und

entschlossen entgetreten. Etwas Anderes können wir uns nicht erlauben.

Und doch ist es nicht so einfach. Das wissen Sie selbst. Denn: Die Düsseldorfer Jonges und die Europäische Union haben mehr gemeinsam, als Sie vielleicht denken mögen: Ihr Verein besteht aus 54 Tischgemeinschaften. Sie sind die Säulen des Vereins. Die Tischgemeinschaften sind unterschiedlich groß und unterschiedlich lang dabei. Die Tischgemeinschaften sollen eine

diverse Gruppe von Mitgliedern zusammenbringen und sind daher weder berufs- noch richtungsorientiert.

Trotz aller Verschiedenheit eint alle Tischgemeinschaften ein Ziel: Sie unterstützen den Vorstand bei der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben. Einige davon habe ich zu Beginn bereits genannt: Denkmalschutz und –pflege, Förderung von Kunst und Kultur, von Wissenschaft und Forschung, Naturschutz und soziales Engagement. Die Zusammenarbeit von Vorstand,

Verein und Tischgemeinschaften nennen Sie selbst „praktizierte Vereinsdemokratie“.

Mit der Europäischen Union verhält es sich ganz ähnlich: Sie hat nur halb so viele Tischgemeinschaften wie Sie, nämlich 27 (zu 54). Aber auch diese sind verschieden groß: von Malta mit einer Einwohnerzahl, die kleiner ist als Düsseldorf, bis Deutschland mit seinen 83 Millionen Einwohnern. Und sie sind verschieden lang dabei. Darüber hinaus zeichnen sich die Mitgliedstaaten durch ihre Diversität aus.

Und doch sind sie beide – Ihre Tischgemeinschaften und die der Europäischen Union – „in Vielfalt geeint“. Und zwar durch ihre gemeinsamen Ziele. Die Ziele Ihrer Satzung habe ich genannt. Im Lissabon-Vertrag der Europäischen Union werden dazu an erster Stelle genannt: „Die Förderung des Friedens, der europäischen Werte und des Wohlergehens ihrer Bürgerinnen und Bürger“; außerdem „Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ohne Binnengrenzen“.

So weit, so gut. Aber leider nicht so einfach.

Denn der Zusammenhalt einer solchen Gemeinschaft ist nicht selbstverständlich. Traditionsreiche Tischgemeinschaften können aufgelöst werden, selbst bei Ihnen. Durch den Einsatz eines neu gewählten Vorstands konnten die aufgelösten Tischgemeinschaften wieder mit Leben gefüllt werden. Um „starke und damit überlebensfähige“ Tischgemeinschaften in Zukunft zu erhalten, ist der Vorstand der Düsseldorfer Jonges daher auch sehr zurückhaltend gegenüber Neugründungen. Das nennen wir in der Europäischen Union Erweiterung.

Zusammenhalt und Aufbruch – Ministerpräsident Armin Laschet spricht gerne und zurecht von einem Modernisierungsjahrzehnt – müssen auch unser Bestreben in der Europäischen Union sein. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet uns dazu die Gelegenheit. Wir sollten sie nicht verstreichen lassen. Denn wir brauchen grundlegende Änderungen in Europa, um handlungsfähiger und effizienter zu werden.

Wir haben den Zusammenhalt zwischen den Staaten des Nordens und des Südens mit einer beispiellosen Maßnahme festigen können.

Der Aufbaufonds „Next Generation EU“, der als Folge der Corona-Pandemie ins Leben gerufen wurde, ist ein richtiger und wichtiger Schritt, um gemeinsam gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Er bietet der Gemeinschaft die Gelegenheit, in einer außergewöhnlichen Krisensituation solidarisch, schnell und nachhaltig auf einen Wachstumspfad zurückzukehren. Solidarisch sollten wir nun auch eine Lösung für eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik finden, bei der die Staaten des Südens sich oft noch alleingelassen fühlen.

Es gibt aber auch eine wachsende Entfremdung zwischen West-, Mittel- und Osteuropa, bei der es um den Kern unserer

gemeinsamen Sache geht: die Europäische Union als Wertegemeinschaft.

Wir können es uns schlichtweg nicht erlauben, unsere Grundprinzipien – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – infrage zu stellen. Sie bilden die Basis der Europäischen Union. Und Sie bilden das Bollwerk gegen die geopolitischen Unsicherheiten von außen.

Insbesondere mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Ungarn und Polen müssen wir uns bewusstmachen: Die EU ist zuallererst eine Gemeinschaft des Rechts.

Machen wir uns nichts vor: Der Streit darüber, ob wir ein Stadion in den Farben des Regenbogens illuminieren oder nicht, ist nicht der Kern unseres Streits. Der traurige Kern lautet: Die ungarische Regierung hat die Axt an die Wurzel der Gewaltenteilung gelegt.

Auch deshalb ist es wichtig, die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien zu knüpfen.

Wir schätzen und fördern die kulturelle, die historische und die politische Vielgestaltigkeit der Europäischen Union: die Nationen und Regionen, die Vielfalt der Sprachen und Konfessionen, die Erfahrungen von Völkern, sozialen Gruppen und Individuen. Das Fundament von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit darf dabei aber nie infrage gestellt werden.

Auch deshalb haben wir bereits vor drei Jahren das Thema Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt unseres Vorsitzes in der Europaministerkonferenz gestellt.

## EU Nachbarschaft

Auf dieser und *nur* auf dieser Basis können wir zuversichtlich nach vorne blicken – und über die aktuellen Schengengrenzen der Europäischen Union hinaus.

Insbesondere die Länder des westlichen Balkans gehören für mich zum „Innenhof Europas“. Wir sollten ihre Bemühungen um einen Beitritt ernst nehmen und sie dabei unterstützen. Dazu gehört auch, die Region als Ganzes zu stabilisieren und an unsere Standards – auf Basis unseres Werte-Fundaments – heranzuführen.

Das Friedensprojekt Europa hat in der Region eine besondere Strahlkraft. Der furchtbare Bürgerkrieg in den 1990er Jahren und das Versagen Europas ist bis heute ein Menetekel.

Richten wir den Blick nach Süden, dann wird uns zudem bewusst, dass wir unsere Nachbarschaft mit den Mittelmeeranrainern neu denken müssen. Die USA haben sich aus der Region weitgehend zurückgezogen. Für Europa ist das keine Option. Denn die Konsequenzen treffen uns ganz unmittelbar.

Die Region rund um den Mittelmeerraum braucht einen Modernisierungsschub. Darin liegt eine enorme Chance – auch für Europa.

Von einer engen Partnerschaft bei den großen Zukunftsthemen unserer Zeit – bei der Digitalisierung, bei den erneuerbaren Energien (Stichwort: Grüner Wasserstoff) und bei der Bildung – können beide Seiten profitieren. Diese Chance sollten wir nicht verstreichen lassen.

## NRW in Europa und der Welt

Anrede,

mit Blick auf all die Umbrüche, Krisen und Herausforderungen, innerhalb und außerhalb Europas, werden Sie sich vielleicht fragen: Sind diese internationalen Krisen nicht weit weg von unserem Engagement auf lokaler und regionaler Ebene?

Meine entschiedene Antwort lautet: Nein. Sie erinnern sich an meine Aussage vorhin: Europa ist in Vielfalt geeint. Zusammenhalt im Großen zwischen den EU-Mitgliedstaaten braucht den Zusammenhalt im Kleinen. Ja, sie baut darauf auf: auf regionaler, lokaler und persönlicher Ebene. Nach diesem Prinzip handelt die Landesregierung. Für die Verwirklichung und Weiterentwicklung der europäischen Idee setzen wir uns auf allen Ebenen ein: Im Bundesrat in Berlin, im Ausschuss der Regionen in Brüssel und natürlich in Nordrhein-Westfalen.

Für uns ist die grenzüberschreitende Vernetzung und Kooperation, die partnerschaftliche Zusammenarbeit in Europa und die Kooperation über Kontinente hinweg Ansporn und Auftrag zugleich.

Von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. Sie sind nicht nur unsere wichtigsten Handelspartner. Auch darüber hinaus ist die Zusammenarbeit vielfältig: von regem zivilgesellschaftlichem Austausch über Innere Sicherheit bis zu Katastrophenschutz und gemeinsamen Bildungsprojekten.

Gerade in der Pandemie hat sich die vertrauensvolle grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden bewährt. Gemeinsam haben wir eine Cross-Border Task Force Corona eingerichtet. Sie sorgt fast täglich für einen immer engen Informationsaustausch, stimmt die Maßnahmen ab und kann ad hoc Probleme lösen. Dabei haben wir uns auch in der Krise für das eingesetzt, was für uns Europa ausmacht: offene Grenzen. Von den 39 Ländergrenzen im Schengenraum waren lediglich zwei während

der gesamten Zeit der Pandemie offen. Dafür haben wir in Nordrhein-Westfalen als Landesregierung gesorgt.

Doch auch über unsere direkte europäische Nachbarschaft hinaus pflegen wir enge Partnerschaften. Durch das regionale Weimarer Dreieck sind Nordrhein-Westfalen, Schlesien in Polen und Hauts-de-France in Frankreich seit 30 Jahren in enger Zusammenarbeit verbunden. Ursprünglich ging die Kooperation aus der gemeinsamen Erfahrung mit dem Strukturwandel hervor

– aus der gemeinsamen Steinkohleförderung. Heute besteht auch ein lebhafter Austausch zwischen Jugend, Kultur und Experten.

Aber wir sind auch global aktiv. In Bonn ist die Welt zu Hause. Bonn ist der größte und bedeutendste UN-Standort in Deutschland. Mit der Neuaufstellung von NRW.Global Business machen wir Deutschlands Investitionsstandort Nr. 1 noch attraktiver und tragen zu einer noch besseren Vernetzung bei.

Besondere Beziehungen verbinden uns seit vielen Jahren mit Japan, den USA und Ghana. Und in Tel Aviv haben wir im März 2020 ein eigenes Landesbüro eröffnet. Im Bewusstsein der Vergangenheit gestalten wir unsere Zukunft gemeinsam.

Trotz der Pandemie ist es dem Büro gelungen, bilaterale Kooperationen in so verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Kultur und Wirtschaft anzubahnen und umzusetzen.

Mit Jordanien und Ägypten haben wir jüngst eine Fachkräfteinitiative auf den Weg gebracht. Dabei leitet uns die Überzeugung, dass Menschen auch in anderen Ländern die Chance zum Aufstieg haben, um ihr Leben selbst gestalten zu können.

## Schluss

Internationale Zusammenarbeit endet nicht auf regionaler Ebene.  
Wie viele Städte Nordrhein-Westfalens pflegt auch Düsseldorf

seine internationalen Beziehungen und unterhält zahlreiche Städtepartnerschaften.

Vielleicht wäre das ein nächstes Projekt für die Düsseldorfer Jonges: die Vernetzung mit Heimatvereinen aus Ihren Partnerstädten.

Eins ist jedenfalls sicher: Ob Sie sich international mit anderen Heimatvereinen vernetzen, durch Ihr Engagement Alteingesessene mit neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern

zusammenbringen oder auf andere Weise Düsseldorf und seine Stadtgemeinschaft lebenswerter und liebenswürdiger machen – Sie bauen mit an einem Fundament, das uns lokal und damit auch regional und europaweit zusammenhält.

Und nebenbei praktizieren Sie im Kleinen eine Vereinsdemokratie, die auch im Großen der „hohen Politik“ der Europäischen Union gelebt werden muss.

Für Ihr Engagement wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg – und danke für Ihre Aufmerksamkeit!